

Wer ist die Aktion Gsundi GesundheitsPolitik?

Die „Aktion Gsundi Gesundheitspolitik“ (AGGP) ist Ende der achtziger Jahre aus der Zürcher Spitalbewegung hervorgegangen. Wie in Basel und in Bern konnte die AGGP eine Zeitgutschrift von 20 % für Nachtarbeit und die 5. Ferienwoche für das in der Ausbildung stehende Pflegepersonal durchsetzen. Die AGGP setzt sich mit Fragen aus dem Gesundheitsbereich auseinander und ist stark durch die konkrete Berufspraxis und -Erfahrung ihrer Mitglieder geprägt.

1994 hat sich die AGGP als Verein konstituiert, um ihren Aktivitäten eine stabilere Organisationsbasis zu verleihen. Ihre Arbeit ist durch zwei Vorstellungen bestimmt. Zum einen betrachtet sie die Gesundheit als ein Menschenrecht und zum anderen die Gesundheitspolitik als eine zentrale Komponente der Sozialpolitik. Die Mitglieder der AGGP sind in erster Linie Krankenschwestern. Die Organisation hat aber auch Krankenpfleger, „ganze“ Pflorgeteams und Mitglieder, die nicht aus der Pflege stammen, in ihren Reihen.

Die AGGP setzt sich für die Gleichstellung zwischen Frau und Mann und gegen jegliche Geschlechtsdiskriminierung in ihrem Tätigkeitsfeld, dem Gesundheitsbereich, ein. Sie ist massgeblich an der Entstehung der Gleichstellungsklage beteiligt gewesen, die am 1. Juli 1996 von 20 Krankenschwestern, 6 Physiotherapeutinnen, 9 Ergotherapeutinnen und 12 Berufsschullehrerinnen für Pflege gegen den Kanton Zürich eingereicht wurde. Wir fordern „gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit“.

Die AGGP setzte sich gegen den im Rahmen der Spitalliste vorgesehenen Personalabbau ein, weil dieser Abbau einen künstlichen Versorgungsengpass erzeugt. Damit wird die Rationierung im Zürcher Gesundheitswesen eingeleitet.

Die AGGP engagiert sich für bessere Arbeitsbedingungen und setzt sich mit Inhalt und Sinn beruflichen Handelns im Gesundheitsbereich auseinander.

Sie steht allen offen, die der Entwicklung hin zu einer Zwei-Klassen-Pflege und -Medizin nicht tatenlos zusehen wollen. Sie soll jenen eine Basis bieten, die die Meinung vertreten, dass Gesundheitsleistungen für alle zugänglich sein sollen, die sie brauchen, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht, ihrer Nationalität, ihrem allgemeinen Gesundheitszustand oder ihrer finanziellen Situation.